



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO

3003 Bern, 2. Oktober 1992

Nicht an die Presse



Information an die  
 Mitglieder des Bundesrates

Ministerkonferenz der Oslo- und Pariskommissionen  
 vom 21./22. September in Paris

Grundlagen dieser Ministerkonferenz

- Beschluss an der 3. Int. Nordseeschutz-Konferenz 1990 in Den Haag
- Übereinkommen 1974 zur Verhütung der Meeresverschmutzung des Nordost-Atlantiks vom Festland aus und über die Zuflüsse (Paris-Kommission = PARCOM)
- Übereinkommen von 1972 zur Verhütung der Meeresverschmutzung des Nordost-Atlantiks durch das Einbringen von Abfällen sowie der Abfallverbrennung auf dem Meer (Oslo-Kommission = OSCOM)

Ziel und Zweck

- Unterzeichnung einer Totalrevision des Paris-Übereinkommens. Dieses trägt der aktuellen Arbeit der Kommission Rechnung und vereinigt und ersetzt die beiden alten Übereinkommen.

Die Schweiz ist bereits 1990 von den Vertragsstaaten des Paris-Übereinkommens eingeladen worden, dieses ebenfalls zu unterzeichnen. Diese Einladung gilt auch für das neue Paris-Übereinkommen.

- Verabschiedung eines Aktionsplanes für PARCOM und OSCOM
- Verabschiedung einer Ministererklärung



*Commissions d'Oslo et de Paris - Oslo and Paris Commissions*  
*Réunion ministérielle - Ministerial meeting*



Teilnehmer

Folgenden Minister waren an der Konferenz anwesend:

Belgien: Umweltministerin Laurette Onkelinx  
 Dänemark: Umweltminister Per Stig Moeller  
 Deutschland: Umweltminister Klaus Töpfer  
 Finland: Umweltministerin Sirpa Pietikainen  
 Frankreich: Umweltministerin Ségolène Royal  
 Island: Umweltminister Eidur Gudnason  
 Irland: Umweltminister Michel Smith  
 Luxemburg: Minister Alex Bodry  
 Niederlande: Ministerin Hanja R.H. Maij-Weggen  
 Norwegen: Staatssekretär für Umweltfragen  
 Portugal: Umweltminister Carlos Borrego  
 Spanien: Staatssekretär Don Vicente Albero  
 Schweden: Umweltminister Olof Johansson  
 Schweiz: Bundesrat Kaspar Villiger  
 Europäische Gemeinschaft: Kommissär Karel van Miert  
 Vereinigtes Königreich: Minister David Maclean

Verlauf der Konferenz1. Öffentliche Statements

Zu Beginn der Konferenz hatten die Minister der anwesenden Nicht-Vertragsstaaten sowie die "Non Governmental Organizations" (NGOs) Gelegenheit, ihre Standpunkte darzulegen.

Wesentliche Elemente des schweizerischen Statements waren:

- Bedeutung der Paris-Kommission für die gemeinsame Umweltpolitik auf europäischer Ebene und ein einheitlicher länderübergreifender Umweltschutz in Europa
- Vorreiterrolle der Paris-Kommission für fortschrittliche Regelungen; Vorleistungen der Schweiz aufgrund aktiver Beteiligung an internationalen Abkommen und aufgrund der eigenen nationalen Umweltpolitik
- zentrale Bedeutung und Verbesserung der Umsetzung von internationalen Übereinkommen und der Überprüfung der Effizienz der getroffenen Massnahmen; Notwendigkeit von Mindestanforderungen für die Regelung der Erfolgskontrolle in (bestehenden und neuen) europäischen Umweltübereinkommen; gute Ansätze in bezug auf die Erfolgskontrolle im neuen Paris-Übereinkommen (Berichterstattungspflicht für die Vertragsstaaten)
- Hinweis auf die Konferenz "Umwelt und Europa" vom 29.-30. April 1993 in Luzern

Aus den Erklärungen der NGOs ging hervor, dass sie wohl gewisse Fortschritte bei den Arbeiten der Paris-Kommission anerkennen, dass das zu verabschiedende neue Abkommen jedoch klar zu wenig weit gehe.

## 2. Vertragstext

In unerwartet harter Weise wurde über das Verbot der Versenkung radioaktiver Abfälle verhandelt. Mit Ausnahme von Frankreich und Grossbritannien setzten sich die anderen Vertragsstaaten der Oslo-Kommission für einen sofortigen unwiderruflichen Stop aller Versenkungs-Aktionen im Nordost-Atlantik ein.

Frankreich und Grossbritannien stimmten schliesslich einem Kompromiss auf Verlängerung des bestehenden Moratoriums für einen de facto Versenkungs-Stop bis zum Jahre 2008 zu mit der Möglichkeit, in einem komplizierten Verfahren die Aufhebung des Moratoriums nach dem Jahr 2008 zu verlangen.

Die Schweiz war in diesem Punkt entsprechend dem Verhandlungsmandat des Bundesrates zurückhaltend. Es wäre politisch undenkbar gewesen, sich bei der vorliegenden Konstellation, bei der Frankreich und Grossbritannien namentlich isoliert waren, den Anschein zu erwecken, die Schweiz würde sich den beiden Aussenseiterstaaten anschliessen.

Die ausgehandelte Kompromiss-Lösung hat zweifellos Signalwirkung auf das kommende Konsultativ-Treffen der Signatarstaaten der London Dumping Convention vom November 1992 in London, wo darüber beraten wird, ob das 1984 für 10 Jahre beschlossene Moratorium durch ein Versenkungs-Verbot zu ersetzen bzw. als Kompromiss das Moratorium zu verlängern sei.

## 3. Beschlüsse und Empfehlungen zum Stand der Technik

In der Vorwoche zur Ministerkonferenz konnte auf Expertenebene in allen Fällen Einigung erzielt werden. An der Ministerkonferenz gab es darüber keine Diskussion mehr. Alle Beschlüsse sind für die Schweiz annehmbar.

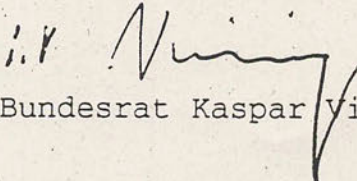
## 4. Erklärung der Minister

Es war auffallend, wie sehr sich die nordischen Staaten und die Niederlande für die Einladung der NGOs auch an die Sitzungen der Arbeitsgruppen der Pariskommission einsetzten. Bisher sind diese Organisationen nur als Beobachter an den Plenarversammlungen zugelassen.

## 5. Schlussfolgerungen

Die Beschlüsse der Minister anlässlich der Konferenz bringen der Schweiz keine neuen Auflagen.

Durch den Beitritt zum neuen Paris-Übereinkommen erhält die Schweiz jedoch das Recht zur Teilnahme an allen Sitzungen der Paris-Kommission. Sie erhält somit volle Mitsprache bei der Erarbeitung von Beschlüssen und Empfehlungen, die auf der Ebene der europäischen Umweltpolitik wichtig sind und die erfahrungsgemäss in der Folge auch in der Europäischen Gemeinschaft diskutiert werden und in EG-Richtlinien ihren Niederschlag finden.

  
Bundesrat Kaspar Villiger

### Beilage:

Auszug aus dem Übereinkommen zum Schutze des Nordost-Atlantiks  
(Annex II Artikel 1 bis 3)